Übertragung der Befugnis zur Festsetzung der Versorgungsbezüge an die RVK**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
12.06.2019	Personalausschuss
03.07.2019	Hauptausschuss
11.07.2019	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, die Festsetzungsbefugnis der obersten Dienstbehörde gemäß § 57 Absatz 1 LBeamtVG NRW den Rheinischen Versorgungskassen (RVK) zu übertragen.

Begründung:

Der Hauptausschuss entscheidet nach § 15 Absatz 8 der Hauptsatzung über die Anerkennung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeiten für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Gummersbach auf Grund von Ermessensvorschriften.

Die Festsetzung der Versorgungsbezüge und die entsprechende Bescheiderteilung erfolgen als Geschäfte der laufenden Verwaltung nach § 11 Absatz 3 der Hauptsatzung durch den Bürgermeister.

Gemäß § 57 Absatz 1 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes (LBeamtVG NRW) handelt es sich ursprünglich um Angelegenheiten, die in der Zuständigkeit der obersten Dienstbehörde liegen.

Die Rheinischen Versorgungskassen (RVK) haben ein Angebot zur Übertragung der Festsetzungsbefugnis unterbreitet. Die Übertragung der Festsetzungsbefugnis würde das bisherige Leistungsspektrum der RVK -ohne zusätzliche Verwaltungskosten- um

- die Entscheidung von Amts wegen über die Ruhegehaltfähigkeit von Soll- und Kannzeiten
- die Festsetzung der Versorgungsbezüge und entsprechende Bescheiderteilung
- die unmittelbare Bearbeitung von Widerspruchsverfahren

ergänzen.

Nach § 57 Absatz 3 LBeamtVG in Verbindung mit § 2 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen (VKZVKG) ist die Möglichkeit eröffnet, die Aufgaben der obersten Dienstbehörde als Versorgungsfestsetzungsstelle durch diese auf die RVK zu übertragen.

Auch für die Wahlbeamtinnen und -beamten entscheiden die RVK dann über die nach § 81 Absatz 8 LBeamtVG NRW als ruhegehaltfähig zu berücksichtigenden Zeiten.

Die Stadt Gummersbach wird auch nach einer Übertragung der Festsetzungsbefugnis weiterhin über alle wesentlichen Angelegenheiten, insbesondere in sensiblen Einzelfällen, informiert bzw. im Vorfeld mit eingebunden.